

Jürgen Kocka

## Erinnern, streiten, forschen.

### Zum Umgang mit unserer Geschichte

Der 30-jährige Krieg wurde 1648 durch den Westfälischen Frieden zu Ende gebracht. Im Friedensvertrag hieß es: „Beiderseits soll ewiges Vergessen und Amnestie all dessen sein, was ... an welchem Ort und auf welche Weise auch immer von der einen oder anderen Seite, hinüber und herüber, an feindlichen Akten verübt worden ist ... Alles sei in ewiger Vergessenheit begraben.“ Und das war keine Ausnahme. Nach Kriegen, Bürgerkriegen und Revolutionen ist von der Antike bis ins 20. Jahrhundert ziemlich regelmäßig beschlossen worden, das Geschehene zu vergessen. Um des zukünftigen Friedens willen.

Die Dokumente, auf die sich die Sieger nach dem Zweiten Weltkrieg einigten, enthielten die entgegengesetzte Botschaft. Sie verlangten, dass man mit den Kriegsverbrechen und der Schuld der Verlierer öffentlich umgehe, unter anderem gerichtlich, mit dem Ziel der Strafe, der Sühne und der Erinnerung. Mittlerweile ist es die Regel, auch und gerade schlimme Vergangenheit öffentlich zu erinnern, im Interesse der Opfer und ihrer Anerkennung und im Namen der Gerechtigkeit, oder auch mit dem Ziel, aus der Erinnerung zu lernen und dadurch die Zukunft besser gestalten zu können. Diese nicht unwesentliche Veränderung hängt mit langfristiger Demokratisierung in der Moderne zusammen, mit der immer massiveren Einbeziehung breiter Bevölkerungsschichten in die große Politik, wohl auch mit zunehmender Moralisierung, wenn es um fundamentale Fragen wie Krieg, Frieden und Gerechtigkeit geht.

Auch mein heutiger Vortrag handelt vom Umgang mit schlimmer Vergangenheit, vor allem in Form von Erinnerung. Ich konzentriere mich auf zwei große Themengebiete: einerseits auf unser Verhältnis zur Geschichte der nationalsozialistischen Diktatur und ihrer Verbrechen, also auf Deutsche als Täter, andererseits auf unser

Am 23. Juni 2023 feierte das Isergebirgs-Museum Neugablonz sein 20-jähriges Bestehen mit einem Festakt. Hauptredner war Prof. Dr. Jürgen Kocka aus Berlin, einer der „einflussreichsten Historiker der Gegenwart“ (Nationale Akademie der Wissenschaften Leopoldina). Geboren wurde Jürgen Kocka 1941 in Haindorf im Isergebirge. Wir dokumentieren seinen Vortrag.

Verhältnis zu Deutschen als Opfern, insbesondere zu den Opfern von Flucht und Vertreibung in den 1940er Jahren. Ich spreche über die Veränderungen im Umgang mit diesen beiden historischen Erbschaften in den letzten Jahrzehnten, bis heute. Dabei stellt sich heraus, dass man zwischen der Zeit bis 1989/90 und den Jahrzehnten seitdem unterscheiden muss. Denn die Wiederherstellung eines deutschen Nationalstaats, die Wiedervereinigung, hat unser Denken, Forschen und Erinnern auf diesen Gebieten verändert.

Es ergibt sich ein kompliziertes, schmerzliches, kontroverses Bild, wenn man Revue passieren lässt, wie sich der Umgang der Deutschen mit der Last ihrer nationalsozialistischen Vergangenheit zwischen Kriegsende und Wiedervereinigung verändert hat.

### Selbstentlastung, Verdrängung und Aufarbeitung

Wenngleich man sich sowohl in der Bundesrepublik wie in der DDR dezidiert und kritisch von der NS-Diktatur absetzte, geschah dies in der DDR im Zeichen einer Doktrin des marxistisch-leninistischen Antifaschismus, der sehr problematische Seiten hatte. Man stilisierte nämlich den NS zu einer Angelegenheit der bürgerlichen Eliten und machte letztlich den Kapitalismus und seine Krisen für ihn verantwortlich – lud also die Schuld bei Akteuren und Strukturen ab, die man bei sich selbst, im sozialistischen Arbeiter- und Bauernstaat, überwunden zu haben beanspruchte. So erschien letztlich der Nationalsozialismus als etwas Fremdes, Anderes, für das man in der DDR, im neuen sozialistischen Deutschland, nicht wirklich verantwortlich war: ein sehr einseitiges, aber bequem entlastendes Bild.

Anders in der Bundesrepublik, wo die reale Abnabelung vom nationalsozialistischen System ein mühsamer, langsamer, stockender Prozess war, angesichts vieler personeller und mentaler Kontinuitäten, jedenfalls in Gesellschaft und Wirtschaft, während sich die Politik schon unter Adenauer, unterstützt von Westorientierung und dem Einfluss der Westmächte, in strikter Abwendung vom Nationalsozialismus – rechtsstaatlich und zunehmend demokratisch – positionierte. Zweifellos hing es mit diesen Kontinuitäten zusammen, dass die Aufarbeitung der dunklen Vorgeschichte der Bundesrepublik in den 1950er Jahren nur sehr zögerlich voranschritt.

Zwar waren die fünfziger Jahre längst nicht so bleiern und restaurativ wie häufig behauptet. Die Kirchen meldeten sich zu Wort, wichtige Literatur erschien, beispielsweise Heinrich Bölls „Wo warst Du, Adam?“ oder „Die Blechtrommel“ von Günther Grass. Aber in Gesellschaft und Politik wurde aufeinander viel Rücksicht genommen, sehr viel verschwiegen und verdrängt, im öffentlichen Diskurs wie auch im privaten Bereich. Während die wissenschaftliche Erforschung der NS-Zeit Fortschritte machte, waren für die breite Bevölkerung andere Probleme wichtiger als das, was damals „Bewältigung der Vergangenheit“ genannt wurde.

In den sechziger Jahren mit ihrer Traditionskritik, Protestbereitschaft und Reformpolitik gewannen kritische Sichtweisen an Boden. Die großen, stark beachteten Gerichtsprozesse in Jerusalem (Eichmann) und Frankfurt (Auschwitz) rüttelten die Öffentlichkeit auf. Zur anschwellenden Kritik der Intellektuellen an der Politik und zum Protest der Jungen gegen die älteren Generationen gehörte der Vorwurf, nicht offen und ehrlich Rechenschaft abgelegt zu haben über vielfältige Verwicklungen ins nationalsozialistische System. Dies war ein zentrales Thema der 68er-Bewegung in den Universitäten, während im Parlament substantielle Debatten über die Frage der Verjährung von Naziverbrechen stattfanden. Sie signalisierten die Ankunft einer neuen, kritischeren Generation im öffentlichen Leben. Aber die Untaten in der Zeit des Nationalsozialismus wurden mehr aufgedeckt und entlarvt als erinnert und betrauert, die Kritiker griffen an, aber nur selten sagten sie „wir“, wenn sie über NS-Verbrechen sprachen.

### Erinnerung als Teil der Identität

Die Situation änderte sich in den siebziger und achtziger Jahren. Generell nahm die Neigung zu, sich Vergangenes als Beitrag zur eigenen – individuellen oder kollektiven – Identitätsbildung anzueignen statt es „nur“ zu begreifen, um daraus zu lernen. Begriffe wie „Erinnerung“, „Erfahrung“, „Betroffenheit“ und „kollektives Gedächtnis“ machten Karriere, das Interesse an Geschichte wurde mehrdimensionaler, konkreter, bisweilen auch emotionaler. Historische Ausstellungen fanden statt, Alltagsgeschichte wurde attraktiv. All das veränderte und steigerte das Interesse an der Geschichte des Nationalsozialismus, seinen Opfern und Tätern.

1979 wurde die amerikanische Fernseh-Serie „Holocaust“ in der Bundesrepublik ausgestrahlt, mit großer publizistischer Wirkung. Mitte der achtziger Jahre wurde der sogenannte „Historikerstreit“ in den allgemeinen Medien ausgetragen. Es ging dabei um den Ort des Holocaust in der deutschen und europäischen Geschichte. Zum 40. Jahrestag der deutschen Kapitulation hielt der damalige Bundespräsident Richard von Weizsäcker eine bemerkenswerte Rede, in der er die Verbrechen-Geschichte der NS-Zeit und die deutsche Verantwortung für sie klar darstellte und den 8. Mai 1945 primär als einen Tag der Befreiung, erst sekundär als einen Tag der Niederlage charakterisierte. Weizsäcker verstand es, eine Sprache zu finden, die Trauer, Anerkennung deutscher Schuld, aber auch Würde und Zukunftszuversicht verband.

In den letzten Jahren der alten Bundesrepublik war also die relativ ehrliche und offene Erinnerung an die Nazizeit zu einem zentralen Bestandteil des deutschen öffentlichen Selbstverständnisses geworden. So schmerzlich diese Akzeptanz deutscher Schuld und Verantwortung auch war, so sehr hat sie zur Festigung der Demokratie hierzulande beigetragen, denn sie wirkte zugleich als Ansporn, sich für die Bundesrepublik als ein besseres Deutschland zu engagieren, das seine dunkle Vorgeschichte hinter sich gelassen hatte, ohne sie zu verschweigen oder zu verdrängen. Der generationelle Wandel hatte dies erleichtert, ja überhaupt erst möglich gemacht. Die historische Forschung hatte einen wichtigen Beitrag dazu geleistet, der Geschichtsunterricht in den Schulen dank des Engagements zahlloser Lehrer und Lehrerinnen erst recht.

### Flucht und Vertreibung - ein kontroverses Thema

In dieser – insgesamt erfolgreichen – Vergegenwärtigung eines höchst belastenden Abschnitts unserer Vergangenheit und seiner Anerkennung als einer von uns zu verantwortenden Geschichte gab es blinde, oder doch halb-blinde Stellen. Ich rechne die Geschichte der „Deutschen als Opfer“ dazu. Damit meine ich jetzt nicht die zahlreichen Deutschen, die vom Naziregime aus rassistischen, politischen oder anderen Gründen verfolgt, enteignet, vertrieben und ermordet wurden. Vielmehr meine ich die Zivilbevölkerung, die unter den alliierten Bombenangriffen auf deutsche Städte,

unter Flucht und Vertreibung, unter der Willkür der Besatzer und als Kriegsgefangene gelitten haben, vor und nach 1945. Insbesondere das Thema „Flucht und Vertreibung“ bezeichneten kritische Kommentatoren Anfang der neunziger Jahre als ein „verdrängtes Thema“. Beispielsweise beklagte der im nordböhmischen Leitmeritz geborene Johann Georg Reißmüller, Mitherausgeber der FAZ, dass nur wenige deutsche Politiker bereit seien, zum Gedenken an die Vertriebenen aufzurufen. Und er forderte, dass auch die ungezählten Deutschen „im Gedächtnis der Nation“ einen Platz haben müssten, „die am Ende des Krieges und nach dem Krieg von massenmordender Hand starben“ – dies wohl in Anspielung auf die Tatsache, dass von den etwa 12 Millionen seit Herbst 1944 aus Ost-, Ostmittel- und Südosteuropa flüchtenden und vertriebenen Deutschen schätzungsweise zweieinhalb Millionen auf dem Weg nach Westen umkamen. Die Literaturwissenschaftlerin Aleida Assmann bezeichnete Flucht und Vertreibung noch 1999 als einen „traumatischen Ort“, der sich nach wie vor gegen eine „affirmative Sinnbildung“ sperre.

Nicht, dass es zum Thema „Flucht und Vertreibung“ an geschichtswissenschaftlicher Forschung ganz gefehlt hätte. Die achtbändige „Dokumentation der Vertreibung der Deutschen aus Ost-Mittel-europa“ erschien 1951-1961, ein Meilenstein der zeithistorischen Großforschung. Sprecher der Flüchtlinge und Vertriebenen forderten kontinuierlich mehr Aufmerksamkeit und Anerkennung für die „verlorene Heimat im deutschen Osten“ und für die Opfer von Flucht und Vertreibung; zumindest in den fünfziger und sechziger Jahren fanden sich zahlreiche staatliche Maßnahmen – Gesetze, Verordnungen, Subventionen, symbolische Akte – mit dem Ziel, den Vertriebenen-Status zu klären, der Forderung nach öffentlicher Erinnerung nachzukommen und den Betroffenen gewisse Entschädigung zukommen zu lassen. Auch auf lokaler Ebene wurde einschlägige Erinnerungsarbeit geleistet. Man schätzt, dass in den fünfziger und sechziger Jahren 400 bis 500 Denk- und Mahnmale – meist in Form hoher Steinkreuze, „den Toten der Heimat“ gewidmet – errichtet wurden. In den sechziger und siebziger Jahren erschienen vielgelesene Romane und Erinnerungsschriften, in denen Autoren wie Peter Härtling, Johannes Bobrowski, Günther Grass, Horst Bieneck, Siegfried Lenz und Johannes Urzidil vom Leben in verschiedenen ostdeutschen und ostmitteleuropäischen Regionen erzählten.

Sie gestalteten das Thema „Flucht und Vertreibung“ und das damit verbundene Leid literarisch – oft sensibel und reflektiert und meist ohne die politische Anspruchs- und Forderungshaltung, die in den einschlägigen Äußerungen von Vertriebenenvertretern und -politikern selten fehlten.

Aber im öffentlichen Erinnerungsdiskurs blieb die Thematik „Flucht und Vertreibung“ bis in die späten achtziger und frühen neunziger Jahre politisch kontrovers und insgesamt randständig – zur Enttäuschung vieler unmittelbar Betroffener, früherer Flüchtlinge, Vertriebenen und ihrer Nachkommen. Das lag wohl auch an der Verknüpfung dieser Erinnerung mit politischen, auf Revision und Wiedergutmachung zielenden Forderungen – Forderungen, die in großen, wachsenden Teilen des politischen Spektrums zurückgewiesen oder jedenfalls nicht geteilt wurden, zumal sie nicht nur kaum Realisierungschancen besaßen, sondern auch im Fall ihrer Realisierung, je später desto klarer, neue Ungerechtigkeiten mit sich gebracht hätten. Sehr wichtig war dabei, dass viele von uns angesichts der Massivität und Monstrosität der deutschen Verbrechen – Verbrechen, die auch und gerade in den bis 1945 besetzten, zerstückelten, ausgebeuteten Gebieten Ostmitteleuropas, besonders Polens und der Tschechoslowakei, ausgeübt worden waren – zögerten und sich dagegen entschieden, die mit Flucht und Vertreibung zusammenhängenden Leiden, Verluste und Wiedergutmachungsansprüche selbstbewusst, selbstgerecht und lautstark zu formulieren. Immerhin hatten wir überlebt, anders als Millionen Opfer deutscher Kriegs-, Verfolgungs- und Vernichtungspolitik.

Der öffentliche Erinnerungsdiskurs wurde stark durch Erinnerungspolitik beeinflusst und geprägt – und das galt für die Beschäftigung mit NS-Diktatur und Holocaust ebenso wie für die Beschäftigung mit den Opfern von Flucht und Vertreibung. Damit wuchs die Tendenz und auch die Gefahr, dass historische Erinnerung politisch instrumentalisiert wurde. Ihre Gewichtung folgte politischen Einflüssen und Kriterien. Die Differenz zwischen dem, was öffentlich erinnert wurde, und dem, was man privat dachte und sagte, nahm dabei zu. Auch deshalb wurde die Bearbeitung von Flucht- und Vertreibungserinnerungen in der Romanliteratur so wichtig und authentisch, denn sie entzog sich zumeist jener politischen Instrumentalisierung.

Kleinere lokalbezogene Formen der gemeinschaftlichen und der privaten Erinnerung wurden entwickelt, wenn man sich in der großen Erinnerungspolitik nur partiell wiederfand. Vielleicht besitzt das Isergebirgs-Museum, zu dessen 20. Jahrestag ich herzlich gratuliere, auch in dieser Hinsicht besondere Bedeutung, ist es doch ein Beispiel für ein „kleines“, regional eng begrenztes, sehr individuelles, sehr authentisches Erinnerungsformat, das eben deshalb viel Zustimmung findet. Es ist bemerkenswert, dass ein hoch angesehener Historiker, der 2006 verstorbene Reinhart Koselleck, in einem seiner letzten Aufsätze auf Distanz zum Grundgedanken der organisierten kollektiven Erinnerung ging. Er betonte, dass authentisches Erinnern letztlich immer individuellen Charakter habe und bestand auf dem Recht des Schweigens als einer Form der Erinnerung.

### Enttabuisierung und Historisierung nach 1989

Die Zäsur von 1989-91, die staatliche Neuordnung im mittleren Europa und die Folgeereignisse seitdem haben die Situation langfristig verändert. Die Erinnerung an die Deutschen als Opfer ist heute weniger kontrovers und weniger randständig als vor 30 Jahren. Dazu trug die definitive, mit der Wiedervereinigung verbundene Anerkennung der deutschen Ostgrenzen durch die deutsche Regierung 1990 bei. Sie entkräftete die bis dahin immer noch bestehenden Ängste bei unseren Nachbarn und führte in der Bundesrepublik auch im konservativen Teil des politischen Spektrums zur – wenn auch oft zähneknirschenden – Akzeptanz der Grenzziehung, wie sie sich durch Krieg, Flucht und Vertreibung ergeben und in den vergangenen Dekaden verfestigt hatte. Bis dahin zumindest rhetorisch vertretene politische Forderungen wurden von immer mehr Vertriebenenpolitikern aufgegeben oder doch zurückgestellt, das trug zur Entspannung bei. Kontakte zwischen Vertriebenen und ihrer ehemaligen Heimat wurden jetzt leichter, zum Teil überhaupt erst möglich, sie haben sich auf breiter Front entwickelt.

Als Beispiel können die zahlreichen geglückten persönlichen und institutionellen Verbindungen zwischen Neugablonz und der Isergebirgsregion dienen, von denen vorhin bereits die Rede war. In den 1990er Jahren erfuhren überdies „ethnische Säuberungen“ anlässlich der Kriege auf dem Balkan große öffentliche Aufmerksamkeit und

scharfe Ablehnung, die Erinnerung an die Vertreibung der Deutschen vor einem halben Jahrhundert gewann dadurch indirekt an Aktualität. Überhaupt wuchs die mediale Aufmerksamkeit für Opfer historischen Unrechts weltweit, und damit wuchs hierzulande die Bereitschaft, das historische Unrecht ernster zu nehmen, das Deutsche ein halbes Jahrhundert zuvor im Rahmen von Flucht und Vertreibung erfahren hatten.

1995, in den Gedenkreden zum 50. Jahrestag des Kriegsendes, wurde an Flucht und Vertreibung mehr erinnert als zehn Jahre zuvor. Jetzt verstand und akzeptierte man mehr als bisher, dass beides zugleich möglich war, nicht gegeneinander ausgespielt werden musste und letztlich im Kern zusammenhing: einerseits die Erinnerung an die nationalsozialistische Diktatur und ihre Verbrechen, die im wiedervereinigten Deutschland bearbeitet und gefestigt wurde – etwa in umgestalteten Gedenkstätten an den Orten ehemaliger Konzentrationslager wie Sachsenhausen und Buchenwald, mit dem neuen Holocaust-Denkmal in der historischen Mitte Berlins oder in den lebhaften öffentlichen Debatten über Ähnlichkeiten und Unterschiede zwischen der ersten (nationalsozialistischen) und der zweiten (kommunistischen) deutschen Diktatur; andererseits die Erinnerung an Deutsche als Opfer, etwa als Flüchtlinge oder Vertriebene. Dass die vom Bund der Vertriebenen und anderen seit langem geforderte zentrale museale Erinnerung an Flucht und Vertreibung schließlich (nach viel Streit) als „Stiftung Flucht, Vertreibung, Versöhnung“ 2008 in Berlin, unter Mitarbeit von Vertretern aus den Nachbarländern und auf der Basis eines relativ breiten, verschiedene Parteien einschließenden Konsenses zustande kam, belegt die Enttabuisierung des Themas und seine Einbeziehung in den lebhaften Erinnerungsdiskurs der Bundesrepublik.

Dazu trugen übrigens Historiker – etwa Mitglieder der „Deutsch-Tschechischen und Deutsch-Slowakischen Historikerkommission“ – erheblich bei.

Zwar ergibt sich aus noch so gründlicher geschichtswissenschaftlicher Forschung nicht, mit welchen Wertungen und welchem Engagement welche Erfahrungen der Vergangenheit zum Gegenstand privater und öffentlicher Erinnerung gemacht werden sollen.





Prof. Kocka bei seinem  
Festvortrag im Isergebirgs-  
Museum Neugablonz

Das hängt von persönlichen und – im weitesten Sinn – politischen Präferenzen und Entscheidungen der Individuen und des Gemeinwesens ab. Aber Historiker können mit Berufung auf ihre Kompetenz als Forscher und mit ihren wissenschaftlichen Befunden dazu beitragen, dass private und öffentliche historische Erinnerung mit dem allgemeinen Wohl und besonders mit den Grundsätzen der freiheitlichen Demokratie harmoniert:

Zum einen können Historiker auf der Grundlage gesicherter wissenschaftlicher Erkenntnisse faktische Unrichtigkeiten, Übertreibungen und Überspitzungen kritisieren, die in engagierten Erinnerungsdiskursen nicht selten sind. Wissenschaftliche Forschung ist ein Gegenmittel gegen Fake News, Mythisierung und verzerrende Propaganda.

Zum andern: Die entschiedene Berücksichtigung von Zusammenhängen, von Kontexten, ist ein zentrales Prinzip geschichtswissenschaftlichen Arbeitens. Vergangene Ereignisse, Erfahrungen,

Handlungen, Erfolge, Katastrophen werden von Historikern nicht nur als solche rekonstruiert, sondern zugleich kontextualisiert, das heißt, in ihren historischen Zusammenhängen begriffen, und das heißt auch: mit Berücksichtigung ihrer Bedingungen und Ursachen, ihrer Folgen und Nebenfolgen. Die Anwendung dieser für historisches Denken und Forschen zentralen Methode auf das Thema der deutschen Flüchtlinge und Vertriebenen führte vor Augen und verstärkte die Bereitschaft, Flucht und Vertreibung als das zu sehen, was sie tatsächlich auch waren, nämlich Konsequenzen des vorangehenden Kriegs mit seiner primär von Deutschen verantworteten Gewalt-, Expansions- und Vernichtungspolitik. Auch wurde dadurch der deutsche Fall in größeren internationalen Zusammenhängen eingeordnet. Solche „Historisierung“ vergangenen Unrechts und Leids trug in der lange sehr kontroversen Debatte über einen zentralen, Flucht und Vertreibung dokumentierenden Erinnerungsort in Berlin zur allmählichen Annäherung unterschiedlicher Positionen bei. Zusammenhangserkenntnis hilft, die Geschichtswissenschaft ist darauf geeicht.

### Der mühsam errungene Konsens ist verletzbar

Streit allerdings gehört weiterhin dazu. Hierzu drei abschließende Gedanken:

Streit schwillt gesamtpolitisch wieder an, wo rechte Parteien – rechtsextremistisch oder rechtsradikal – an Einfluss gewinnen, wie jetzt bei uns und in anderen Ländern. Der über die Jahrzehnte mühsam errungene pluralistische Konsens ist sehr verletzbar.

Zwar können unterschiedliche Erinnerungen und unterschiedliche Erinnerungsgemeinschaften koexistieren und sogar interagieren, wie sich in der Bundesrepublik in den letzten Jahrzehnten gezeigt hat. Auch auf gesamteuropäischer Ebene – in EU-internen Debatten – gelingt es, das Bedürfnis nach Erinnerung an die nationalsozialistische Verbrechenpolitik gegenüber Juden, Slawen und anderen mit dem vor allem in Osteuropa starken Bedürfnis nach Erinnerung an die Verbrechen des Stalinismus zu vereinbaren. Trotzdem kommt es immer wieder zur Konkurrenz von Opfergruppen um materielle Ressourcen und um öffentliche Anerkennung.